

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 1995.

Art. 3. De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 17 mei 1995.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport, Toerisme, Internationale Betrekkingen
en Monumenten en Landschappen,
J. MARAITE

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,
B. GENTGES

D. 96 - 938

[S - C - 33012]

9. JUNI 1995 — Erlaß der Regierung bezüglich Genehmigung und Anerkennung von Aufnahmestrukturen für Senioren

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren;

Aufgrund des Gutachtens des Beirates für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime vom 28. April 1995;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß die durch den Übergang des vorherigen zum neuen System der Anerkennung und Genehmigung von Aufnahmestrukturen für Senioren entstandene Rechtsunsicherheit auf ein Mindestmaß begrenzt werden muß, daß die neuen, durch das Dekret vom 9. Mai 1994 festgelegten Grundsätze bereits seit diesem Zeitpunkt rechtswirksam sind, und daß deshalb die Ausführungsbestimmungen zu diesem Dekret schnellstmöglich verabschiedet werden müssen;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Finanzen, Volksgesundheits, Familie und Senioren, Sport, Tourismus, internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

Beschließt:

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1° das Dekret: das Dekret vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren;

2° die Einrichtung: eine der in Artikel 1 des Dekretes definierten Einrichtungen, die Personen über 60 Jahren in gemeinschaftlicher Form betreuen und/oder beherbergen;

3° der Minister: der zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4° das Ministerium: das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4° der Beirat: der Beirat für Krankenhäuser, Altenheime und Alten- und Pflegeheime;

5° die Normen: die in Anwendung von Artikel 3 des Dekretes erlassenen Normen, denen eine Einrichtung entsprechen muß.

KAPITEL II. — Genehmigung

Art. 2 - Der Antrag auf die in Artikel 2 des Dekretes erwähnte Genehmigung ist an das Ministerium zu richten. Er enthält folgende Angaben:

1° die Identität des Antragstellers;

2° die Satzungen der Vereinigung oder der Gesellschaft, wenn es sich um juristische Personen handelt, die keine öffentlichen Verwaltungen sind;

3° ein Plan der Gemeinde, in dem das bestehende oder geplante Gebäude eingezeichnet ist;

4° die Anzahl der Wohneinheiten bei betreuten Wohnungen, die Aufnahmekapazität bei Altenheimen oder Alten- und Pflegeheimen, die Aufnahmekapazität bei Tagespflegestätten;

5° ein vollständiger Plan von bestehenden Gebäuden;

6° bei Änderung der Aufnahmekapazität einer bestehenden Einrichtung, die aktuelle und die geplante Aufnahmekapazität;

7° eine Erklärung die nachweist, daß das Vorhaben einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht und sich in die von der Regierung verabschiedete Programmierung einerseits sowie in die Gesamtheit der bestehenden und geplanten Aufnahmestrukturen für Senioren andererseits, einfügt.

Art. 3. - Der Minister übermittelt dem Beirat den Antrag auf Genehmigung sowie sämtliche Unterlagen.

Der Beirat übermittelt dem Minister innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt des Antrags sein Gutachten. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als erteilt.

Bei negativem Gutachten des Beirates teilt der Minister dem Antragsteller die Bemerkungen des Beirates mit. Dieser verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dazu eine Stellungnahme abzugeben.

Der Minister beschließt innerhalb eines Monats nach Erhalt dieses Gutachtens oder nach Ablauf der in Absatz drei vorgesehenen Frist über die Erteilung der Genehmigung. Dieser Beschluß wird dem Antragsteller unverzüglich zugestellt.

Art. 4 - Eine erteilte Genehmigung wird zurückgezogen, wenn die Arbeiten nicht innerhalb von drei Jahren begonnen wurden.

Art. 5 - § 1. Der Antrag auf Anerkennung wird beim Ministerium eingereicht. Er enthält folgende Unterlagen:

1. die in Anwendung von Artikel 2 des Dekretes ausgestellte Genehmigung;
2. die Identität des Heimleiters und eine namentliche Liste der Personalmitglieder mit Angabe ihrer Funktion, Qualifikation und ihrer Eintragsnummer sowie ein Leumundszeugnis, das bei Einreichen des Antrags nicht älter als ein Monat sein darf, für den Heimleiter und das gesamte beschäftigte Personal;
3. eine vom Antragsteller unterzeichnete ehrenamtliche Erklärung, in der er sich dazu verpflichtet, den Personalbestand fortwährend den Personalnormen in bezug auf die tatsächlich aufgenommenen Personen anzupassen;
4. ein Plan, in dem per Stockwerk die verschiedenen Räume eingezeichnet sind, deren Maße und Bestimmung (Dienstleistungsräume, Aufenthaltsräume, Isolationszimmer, Zimmer für die Senioren), sowie die Anzahl der Betten pro Zimmer;
5. eine vom zuständigen Bürgermeister, unter Berufung auf einen Bericht des zuständigen Feuerwehrdienstes unterzeichnete Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die Einrichtung den spezifischen Sicherheitsnormen genügt; die Bescheinigung und der Bericht dürfen bei Einreichen des Antrags nicht älter als drei Monate sein;
6. ein Exemplar der Heimordnung und des Heimvertrages;
7. gegebenenfalls eine Abschrift des Abkommens bezüglich des Dienstleistungsangebots, das zwischen der betreffenden Einrichtung und dem Dienstleistungszentrum mit denen eine funktionelle Verbindung zu gewährleisten ist, abgeschlossen worden ist;
8. auf Anfrage des Ministers, einen Finanzierungsplan, der nachweist, daß die Einrichtung über genügend Funktionskapital für einen Zeitraum von sechs Jahren verfügt und der den Investitionen und Ausgaben Rechnung trägt, die erforderlich sind, um die Übereinstimmung der Einrichtung mit den sie betreffenden Normen zu gewährleisten; dieser Finanzierungsplan muß von einem Betriebsrevisor oder einem unabhängigen Buchhalter abgezeichnet sein.

§ 2. Wenn die Akte nicht vollständig ist, muß das Fehlen der betroffenen Unterlagen ausdrücklich begründet werden. Die fehlenden Unterlagen sind spätestens innerhalb von vierzehn Tagen nachzureichen. In besonders begründeten Fällen kann der Minister diese Frist verlängern.

Art. 6 - Die vorläufige Anerkennung wird verweigert, wenn der Antrag den in Artikel 5 aufgeführten Bedingungen nicht entspricht.

Art. 7 - Der Minister teilt dem Antragsteller innerhalb einer Frist von dreißig Tagen nach Erhalt der vollständigen Akte seinen Beschluß mit.

Eine Einrichtung kann nur nach Erhalt der vorläufigen Anerkennung in Betrieb genommen werden.

Art. 8 - Während der Dauer der vorläufigen Anerkennung prüfen die für die Inspektion zuständigen Beamten, ob die Einrichtung den Normen entspricht.

Der Minister kann die Einrichtung auffordern, jegliche Unterlagen vorzulegen oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Er kann ihr eine Frist einräumen, um die Normen zu erfüllen.

Art. 9 - § 1. Der Minister übermittelt dem Beirat den Antrag auf Anerkennung sowie sämtliche Unterlagen.

Gleichzeitig teilt der Minister dem Antragsteller die Ergebnisse der Inspektionsbesuche mit. Dieser verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dem Minister sowie dem Beirat seine diesbezügliche Stellungnahme zuzustellen.

2. Der Beirat übermittelt dem Minister innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt des im Absatz eins erwähnten Antrags sein Gutachten. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als erteilt.

Bei negativem Gutachten des Beirates teilt der Minister dem Antragsteller die Bemerkungen des Beirates mit. Dieser verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dazu eine Stellungnahme abzugeben.

Art. 10 - Der Minister erteilt oder verweigert die Anerkennung vor Ablauf der Gültigkeit der vorläufigen Anerkennung. Er stellt dem Antragsteller seinen Beschluß unverzüglich zu.

Der Beschluß zur Erteilung der Anerkennung vermeldet die maximale Aufnahmekapazität der Einrichtung.

Art. 11 - Die Einrichtung teilt dem Minister sofort jede Änderung in bezug auf die in den Artikeln 2 und 5 des vorliegenden Erlasses erwähnten Angaben mit.

Das Vorhaben, eine Einrichtung ganz oder teilweise zu schließen oder die Leitung der Einrichtung zu übertragen, wird dem Minister sechs Monate im voraus mitgeteilt.

KAPITEL IV. — Verlängerung der Anerkennung

Art. 12 - Die Verlängerung der Anerkennung muß spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung beantragt werden. Der Antrag auf Verlängerung ist an das Ministerium zu richten und enthält folgende Unterlagen:

1. der in Artikel 5, 4. aufgeführte Plan, wenn Änderungen eingetreten sind;
2. eine neue Bescheinigung bezüglich der spezifischen Sicherheitsnormen wenn:
 - a) die vorherige Bescheinigung mehr als drei Jahre zuvor ausgestellt worden ist,
 - b) Änderungen an den Gebäuden oder der Einrichtung vorgenommen worden sind, die die Sicherheit in der Einrichtung beeinträchtigen könnten;

Art. 13 - Für die Verlängerung der Anerkennung ist das in den Artikeln 8, 9 und 10 des vorliegenden Erlasses vorgesehene Verfahren anwendbar.

KAPITEL V. — Entzug der Anerkennung

Art. 14 - Wenn eine Einrichtung die Normen und Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt, kann der Minister ihr eine Frist einräumen, um diesen Auflagen nachzukommen und sie auffordern, jegliche Unterlagen vorzulegen oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen.

Wenn der Minister sich dazu veranlaßt sieht, die Anerkennung zu entziehen, teilt er der Einrichtung und dem Beirat seine Absicht mit. Die Einrichtung verfügt über eine Frist von einem Monat nach Erhalt dieser Absicht, um dem Minister sowie dem Beirat eine Stellungnahme zuzustellen.

Der Beirat übermittelt dem Minister innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der Absicht sein Gutachten. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als erteilt.

Der Minister teilt der Einrichtung die Bemerkungen des Beirats mit. Diese verfügt über eine Frist von vierzehn Tagen, um dazu eine Stellungnahme abzugeben.

Der Minister beschließt innerhalb eines Monats nach der Stellungnahme der Einrichtung oder nach Ablauf der im vorigen Absatz vorgesehenen Frist über den Entzug der Anerkennung. Dieser Beschluß wird der Einrichtung unverzüglich zugestellt.

KAPITEL VI. — Schließung

Art. 15 - Nach Erhalt des Beschlusses zur Verweigerung oder zum Entzug der Anerkennung dürfen keine neuen Personen mehr aufgenommen werden.

Der Betreiber hat dafür zu sorgen, daß alle Personen die Einrichtung innerhalb von drei Monaten verlassen haben.

Art. 16 - § 1. Wenn dringende Gründe der Volksgesundheit es rechtfertigen, kann der Minister die sofortige vorläufige Schließung einer Einrichtung anordnen. Er teilt seinen Beschluß dem Beirat und dem Leiter der Einrichtung mit. Letzterer trägt für die sofortige Evakuierung der Senioren Sorge.

§ 2. Der Beirat informiert den Betreiber über das Datum, an dem der Fall untersucht wird und fordert ihn auf, seine Einwände geltend zu machen und vor dem Beirat zu erscheinen.

Der Beirat beschließt ungeachtet der Folge, die der Vorladung gegeben wird; er übermittelt dem Minister unverzüglich sein Gutachten, worauf dieser über die Aufrechterhaltung der Schließung befundet.

KAPITEL VII. — Aufhebungs- Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 17 - Der Königliche Erlaß vom 22. März 1968 bezüglich des Verfahrens zur Anerkennung und zur Schließung von Altenheimen ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 18 - Die Einrichtungen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses eine vorläufige Anerkennung erhalten haben, dürfen weiter betrieben werden, unter der Bedingung, daß sie innerhalb von drei Monaten einen den Bedingungen des vorliegenden Erlasses entsprechenden Antrag auf Anerkennung eingereicht haben.

Art. 19 - Der endgültige Beschluß zum Entzug der Anerkennung oder zur Schließung einer Einrichtung wird als Bekanntmachung im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht.

In dieser Bekanntmachung muß das Datum der tatsächlichen Schließung der Einrichtung angegeben werden.

Art. 20 - Die Anträge auf Genehmigung und Anerkennung, die Rechtfertigungserklärungen und Stellungnahmen sowie alle Unterlagen und Mitteilungen im Zusammenhang mit den Verfahren werden per Einschreiben verschickt.

Art. 21 - Vorliegender Erlaß tritt am 1. Juni 1995 in Kraft.

Eupen, den 9. Juni 1995.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus,
internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,
J. MARAITE

TRADUCTION

F. 96 — 938

[S - C - 33012]

9 JUIN 1995. — Arrêté du Gouvernement relatif à l'autorisation et à l'agrément de structures d'accueil pour seniors

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrément et à la subvention de structures d'accueil pour seniors;

Vu l'avis de la Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins, donné le 28 avril 1995;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que l'insécurité juridique due au passage de l'ancien au nouveau système d'agrément et d'autorisation de structures d'accueil pour seniors doit être limitée au strict minimum, que les nouveaux principes établis par le décret du 9 mai 1994 sont déjà exécutoires depuis cette date et que les dispositions portant exécution dudit décret doivent dès lors être arrêtées dans les plus brefs délais;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites,

Arrête :

CHAPITRE Ier. — Dispositions générales

Article 1er. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1° décret : le décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrément et à la subvention de structures d'accueil pour seniors;

2° établissement : un des établissements définis à l'article 1er du décret, qui soigne et/ou héberge de manière collective des personnes de plus de 60 ans;

3° Ministre : le Ministre compétent de la Communauté germanophone;

4° Ministère : le Ministère de la Communauté germanophone;

5° Commission consultative : la Commission consultative pour les hôpitaux, maisons de repos pour personnes âgées et maisons de repos et de soins;

6° normes : les normes adoptées en application de l'article 3 du décret et auxquelles doit répondre un établissement.

CHAPITRE II. — Autorisation

Art. 2. La demande relative à l'autorisation visée à l'article 2 du décret sera adressée au Ministre.

Elle contiendra les éléments suivants :

1° l'identité du demandeur;

2° les statuts de l'association ou de la société, lorsqu'il s'agit de personnes morales autres que des administrations publiques;

3° un plan de la commune indiquant le bâtiment existant ou prévu.

4° le nombre d'unités de logement des résidences-services, la capacité d'accueil des maisons de repos pour personnes âgées ou des maisons de repos et de soins, la capacité d'accueil des centres de soins de jour;

5° un plan complet des bâtiments existants;

6° en cas de modification de la capacité d'accueil d'un établissement existant, la capacité actuelle et celle prévue;

7° une déclaration attestant que le projet répond à un besoin effectif et qu'il s'inscrit, d'une part, dans le programme fixé par le Gouvernement et, d'autre part, dans l'ensemble des structures d'accueil pour seniors, existantes et prévues.

Art. 3. Le Ministre transmet la demande d'autorisation ainsi que tous les documents à la Commission consultative.

La Commission consultative transmet son avis au Ministre dans un délai de deux mois après réception de la demande. A l'expiration de ce délai, l'avis est censé avoir été rendu.

En cas d'avis négatif de la Commission consultative, ses observations sont communiquées par le Ministre au demandeur. Ce dernier dispose d'un délai de quinze jours pour prendre position.

Le Ministre décide d'octroyer ou non l'autorisation dans le mois qui suit la réception de l'avis ou à l'expiration du délai prévu à l'alinéa 3. Cette décision est notifiée sans délai au demandeur.

Art. 4. Si les travaux ne sont pas commencés dans les trois ans, l'autorisation délivrée est retirée.

CHAPITRE III. — Agréation

Art. 5. § 1er. La demande d'agrégation sera adressée au Ministre. Elle contiendra les documents suivants :

1° l'autorisation délivrée en application de l'article 2 du décret;

2° l'identité du directeur de l'établissement et une liste nominative des membres du personnel reprenant leurs fonction, qualification et numéro d'immatriculation ainsi que, pour le directeur et l'ensemble du personnel occupé, un certificat de bonnes vie et moeurs qui ne peut dater de plus d'un mois lors de l'introduction de la demande;

3° une déclaration sur l'honneur signée par le demandeur et par laquelle il s'engage à adapter continuellement l'effectif aux normes de personnel prévues pour le nombre de personnes effectivement accueillies;

4° un plan indiquant par niveau les différentes ambiances, leurs dimensions et leur destination (locaux de service, salles de séjour, chambres d'isolement, chambres pour les personnes âgées) ainsi que le nombre de lits par chambre;

5° une attestation délivrée par le bourgmestre compétent sur la base d'un rapport du service d'incendie compétent, dont il ressort que l'établissement satisfait aux normes spécifiques de sécurité; l'attestation et le rapport ne peuvent dater de plus de trois mois lors de l'introduction de la demande;

6° un exemplaire du règlement d'ordre intérieur et du contrat de l'établissement;

7° le cas échéant, une copie de la convention relative à l'infrastructure de services conclue entre l'établissement intéressé et le centre de services avec lequel une liaison fonctionnelle doit être assurée;

8° à la demande du Ministre, un plan de financement certifiant que l'établissement dispose d'un capital de roulement suffisant pour une période de six ans et tenant compte des investissements et des dépenses nécessaires pour permettre à l'établissement de se conformer aux normes qui lui sont applicables; ce plan de financement doit être revêtu du visa d'un réviseur d'entreprise ou d'un comptable indépendant.

§ 2. Lorsque le dossier n'est pas complet, l'absence des documents concernés doit être expressément motivée. Les documents manquants doivent être introduits dans les quinze jours au plus tard. Dans des cas particulièrement motivés, le Ministre peut prolonger ce délai.

Art. 6. L'agrégation provisoire est refusée lorsque la demande ne répond pas aux conditions reprises à l'article 5.

Art. 7. Le Ministre communique sa décision au demandeur dans les trente jours suivant la réception du dossier complet.

Un établissement ne peut être mis en service qu'après réception de l'agrégation provisoire.

Art. 8. Pendant la durée de validité de l'agrégation provisoire, les fonctionnaires chargés de la surveillance vérifient si l'établissement répond aux normes.

Le Ministre peut inviter l'établissement à lui soumettre tout document ou à lui fournir des renseignements supplémentaires. Il peut lui concéder un délai pour se conformer aux normes.

Article 9. § 1er. Le Ministre transmet la demande d'agrégation ainsi que tous les documents à la Commission consultative.

Parallèlement, le Ministre communique les résultats des visites d'inspection au demandeur. Ce dernier dispose d'un délai de quinze jours pour faire connaître au Ministre et à la Commission consultative sa position quant à ces résultats.

§ 2. La commission consultative transmet son avis au Ministre dans un délai de deux mois après réception de la demande visée au premier alinéa. A l'expiration de ce délai, l'avis est censé avoir été rendu.

En cas d'avis négatif de la Commission consultative, ses observations sont communiquées par le Ministre au demandeur. Ce dernier dispose d'un délai de quinze jours pour faire connaître sa position.

Art. 10. Le Ministre octroie ou refuse l'agrément avant l'expiration de la durée de validité de l'agrément provisoire. Il transmet sans délai sa décision au demandeur.

La décision d'octroi de l'agrément mentionne la capacité d'accueil maximale de l'établissement.

Art. 11. L'établissement communique immédiatement au Ministre toute modification quant aux données visées aux articles 2 et 5 du présent arrêté.

L'intention de fermer en tout ou en partie un établissement ou d'en transférer la direction est communiquée six mois à l'avance au Ministre.

CHAPITRE IV. — Prolongation de l'agrément

Art. 12. La prolongation de l'agrément doit être demandée au plus tard trois mois avant l'expiration du terme de l'agrément. La demande de prolongation doit être adressée au Ministre et contenir les documents suivants :

1° le plan repris à l'article 5, 4° si des modifications ont été apportées;

2° une nouvelle attestation en matière de normes spécifiques de sécurité lorsque :

a) la précédente attestation date de plus de trois ans;

b) des modifications pouvant porter atteinte à la sécurité dans l'établissement ont été apportées aux bâtiments ou à l'établissement.

Art. 13. La procédure prévue aux articles 8, 9 et 10 du présent arrêté est d'application pour la prolongation de l'agrément.

CHAPITRE V. — Retrait de l'agrément

Art. 14. Lorsqu'un établissement ne remplit plus les normes et conditions imposées pour l'agrément, le Ministre peut lui concéder un délai pour satisfaire à ces obligations et l'inviter à lui soumettre tout document ou à lui fournir des renseignements supplémentaires.

Lorsque le Ministre est amené à retirer l'agrément, il communique son intention à l'établissement et à la Commission consultative. L'établissement dispose alors d'un délai d'un mois pour faire connaître sa position au Ministre et à la Commission consultative.

Dans les deux mois qui suivent la réception de l'intention, la Commission consultative transmet son avis au Ministre. Au terme de ce délai, l'avis est censé avoir été rendu.

Le Ministre communique les observations de la Commission consultative à l'établissement. Celui-ci dispose d'un délai de quinze jours pour prendre position.

Le Ministre décide de retirer ou non l'agrément dans le mois qui suit la prise de position de l'établissement ou à l'expiration du délai prévu au précédent alinéa. Cette décision est transmise sans délai à l'établissement.

CHAPITRE VI. — Fermeture

Art. 15. Après réception de la décision de refus ou de retrait de l'agrément aucune nouvelle personne ne peut plus être accueillie.

L'exploitant doit veiller à ce que toutes les personnes aient quitté l'établissement dans les trois mois.

Art. 16. § 1er. Lorsque des raisons urgentes de santé publique le justifient, le Ministre peut ordonner immédiatement la fermeture provisoire d'un établissement. Il communique sa décision à la Commission consultative et au directeur de l'établissement. Ce dernier veille à l'évacuation immédiate des personnes âgées.

§ 2. La Commission consultative informe l'exploitant de la date à laquelle l'affaire sera examinée et l'invite à faire valoir ses observations et à comparaître devant elle.

La Commission consultative délibère indépendamment de la suite donnée à l'invitation à comparaître; elle transmet sans délai son avis au Ministre qui, sur cette base, prend une décision quant au maintien de la fermeture.

CHAPITRE VII. — Dispositions abrogatoires, transitoires et finales

Art. 17. L'arrêté royal du 22 mars 1968 concernant la procédure d'agrément et de fermeture des maisons de repos pour personnes âgées est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 18. Les établissements ayant obtenu une agrément provisoire avant l'entrée en vigueur du présent arrêté peuvent continuer à être exploités, à condition d'introduire dans les trois mois une demande d'agrément répondant aux conditions du présent arrêté.

Art. 19. La décision définitive de retrait de l'agrément ou de fermeture d'un établissement est publiée sous forme d'avis au *Moniteur belge*.

Cet avis doit mentionner la date de fermeture effective de l'établissement.

Art. 20. Les demandes d'autorisation et d'agrément, les justificatifs et les prises de position ainsi que tous les documents et communications relatifs à la procédure sont envoyés par recommandé.

Art. 21. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er juin 1995.

Eupen, le 9 juin 1995.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites,

J. MARAITE

VERTALING

N. 96 - 938

[S - C - 33012]

9 JUNI 1995. — Besluit van de regering betreffende de toelating en de erkenning van opvangvoorzieningen voor bejaarden

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en de subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden;

Gelet op het advies uitgebracht op 28 april 1995 door de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de rechtsonzekerheid voortvloeiend uit de overgang van het oude naar het nieuwe erkennings- en toelatingssysteem van opvangvoorzieningen voor bejaarden moet worden geminiseerd, dat de nieuwe beginselen, vastgesteld door het decreet van 9 mei 1994, al sindsdien rechtsgeldig zijn, en dat de bepalingen tot uitvoering van dit decreet derhalve zo snel mogelijk moeten worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport, Toerisme, Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen**Artikel 1.** Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1° decreet : het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en de subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden;

2° inrichting : één van de in artikel 1 gedefinieerde inrichtingen die zestigplussers een collectieve begeleiding en/of een collectief verblijf aanbieden;

3° Minister : de bevoegde Minister van de Duitstalige Gemeenschap;

4° Ministerie : het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° Adviescommissie : de Adviescommissie voor de ziekenhuizen, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen;

6° normen : de normen die met toepassing van artikel 3 van het decreet aangenomen worden en waaraan een inrichting moet voldoen.

HOOFDSTUK II — Toelating**Art. 2.** De aanvraag om de in artikel 2 van het decreet vermelde toelating moet aan het Ministerie worden gericht.

De aanvraag omvat volgende gegevens :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de vereniging of maatschappij als het gaat om rechtspersonen anders dan openbare besturen;

3° een plattegrond van de gemeente dat de bestaande of geplande gebouwen aanduidt;

4° het aantal wooneenheden in de serviceflatgebouwen, de opvangcapaciteit van de bejaardentehuizen, rust- en verzorgingstehuizen, de opvangcapaciteit van de dagverzorgingscentra;

5° een volledige plan van de bestaande gebouwen;

6° indien de opvangcapaciteit van een inrichting verandert, de huidige en de geplande opvangcapaciteit;

7° een verklaring bewijzend dat het project aan een werkelijke behoefte beantwoordt en dat het enerzijds in het door de Regering opgestelde programma en anderzijds in het geheel der bestaande en geplande opvangvoorzieningen voor bejaarden past.

Art. 3. De Minister zendt de aanvraag om toelating alsmede alle documenten over aan de Adviescommissie.

Binnen twee maanden na ontvangst van de aanvraag zendt de Adviescommissie haar advies over aan de Minister. Na het verstrijken van die termijn wordt het advies geacht uitgebracht te zijn.

Bij negatief advies van de Adviescommissie worden haar bemerkingen door de Minister aan de aanvrager medegedeeld. Die beschikt over een termijn van veertien dagen om zijn standpunt daaromtrent te laten kennen.

De Minister beslist de toelating al dan niet toe te kennen binnen de maand volgend op de ontvangst van dit advies of na het verstrijken van de termijn bepaald in het derde lid. Die beslissing wordt onverwijld aan de aanvrager betekend.

Art. 4. De uitgereikte toelating wordt ingetrokken indien de werken binnen drie jaar niet worden begonnen.**HOOFDSTUK III. — Erkenning****Art. 5. § 1.** De aanvraag om erkenning moet aan het Ministerie worden gericht. Die moet volgende bescheiden omvatten :

1° de bij toepassing van artikel 2 van het decreet uitgereikte toelating;

2° de identiteit van de directeur van de inrichting en een lijst van de personeelsleden met vermelding van hun functie, kwalificatie en inschrijvingsnummer alsmede, voor de directeur van de inrichting en alle tewerkgestelde personeelsleden een getuigschrift van goed zedelijk gedrag dat bij het indienen van de aanvraag niet ouder mag zijn dan één maand;

3° een verklaring op eer, ondertekend door de aanvrager, waarmee hij er zich toe verplicht de personeelsformatie voortdurend aan te passen aan de personeelsnormen bepaald voor het aantal werkelijk opgenomen personen;

4° een plan dat per bouwlaag de verschillende ruimten aanduidt, hun afmetingen en hun bestemming (ruimten voor dienstverlening, verblijfszalen, isoleerkamers, slaapkamers voor de bejaarden) alsmede het aantal bedden per kamer;

5° een attest uitgereikt door de bevoegde burgemeester op basis van een verslag van de bevoegde brandweerdienst en waaruit blijkt dat de inrichting aan de specifieke veiligheidsnormen voldoet. Het attest en het verslag mogen bij het indienen van de aanvraag niet ouder zijn dan drie maanden;

6° een exemplaar van het huishoudelijk reglement en van het contract van de inrichting;

7° in voorkomend geval een afschrift van de overeenkomst betreffende de infrastructuur voor dienstverlening afgesloten door de betrokken inrichting en het dienstverleningscentrum waarmee een functionele binding moet worden verzekerd;

8° op verzoek van de Minister, een financieringsplan bekrachtigend dat de inrichting over voldoende bedrijfskapitaal beschikt voor een periode van zes jaar en rekening houdend met de investeringen en uitgaven die noodzakelijk zijn om de inrichting in staat te stellen zich naar de normen te schikken die op haar toepasselijk zijn. Dit financieringsplan moet door een bedrijfsrevisor of een zelfstandige boekhouder geïnterpreteerd worden;

§ 2. Wanneer het dossier niet volledig is moet het gebrek aan de betrokken bescheiden uitdrukkelijk met redenen omkleed worden. De ontbrekende bescheiden moeten ten laatste binnen veertien dagen ingediend worden. In bijzonder gemotiveerde gevallen kan de Minister die termijn verlengen.

Art. 6. De voorlopige erkenning wordt geweigerd, indien de aanvraag aan de in artikel 5 opgenomen voorwaarden niet voldoet.

Art. 7. Binnen dertig dagen na ontvangst van het volledige dossier deelt de Minister zijn beslissing aan de aanvrager mede.

Een inrichting mag slechts na ontvangst van de voorlopige erkenning in dienst worden genomen.

Art. 8. Tijdens de geldigheidsduur van de voorlopige erkenning gaan de ambtenaren belast met het toezicht na of de inrichting aan de normen voldoet.

De Minister kan de inrichting om aanvullende documenten of inlichtingen verzoeken. Hij kan haar een termijn geven om zich naar de normen te schikken.

Art. 9. § 1. De Minister zendt de erkenningsaanvraag alsmede alle bescheiden over aan de Adviescommissie.

Tegelijkertijd deelt de Minister de resultaten van het onderzoek aan de aanvrager mede. Die beschikt over een termijn van veertien dagen om zijn standpunt daaromtrent aan de Minister en aan de Adviescommissie te laten kennen.

§ 2. Binnen twee maanden na ontvangst van de aanvraag bedoeld in het eerste lid, zendt de Adviescommissie haar advies over aan de Minister. Na het verstrijken van die termijn wordt het advies geacht uitgebracht te zijn.

Bij negatief advies van de Adviescommissie worden haar opmerkingen door de Minister aan de aanvrager medegedeeld. Die beschikt over een termijn van veertien dagen om zijn standpunt daaromtrent te laten kennen.

Art. 10. De Minister verleent of weigert de erkenning voor het verstrijken van de geldigheidsduur van de voorlopige erkenning. Hij deelt zijn beslissing aan de aanvrager onverwijld mede.

De beslissing tot verlening van de erkenning vermeldt de maximale opvangcapaciteit van de inrichting.

Art. 11. De inrichting deelt de Minister onmiddellijk mede elke wijziging omtrent de in de artikelen 2 en 5 bedoelde gegevens van dit besluit.

Het opzet om een inrichting geheel of gedeeltelijk te sluiten of de directie ervan over te dragen wordt zes maanden te voren aan de Minister medegedeeld.

HOOFDSTUK IV. — *Verlenging van de erkenning*

Art. 12. De verlenging van de erkenning moet ten laatste drie maanden voor het verstrijken van de erkennings-termijn worden gevraagd. De aanvraag om verlenging moet de Minister toegestuurd worden en volgende bescheiden omvatten :

1. het plan bedoeld in artikel 5, 4, indien wijzigingen werden aangebracht;

2. een nieuw attest over de specifieke veiligheidsnormen wanneer :

a) het vorige attest ouder is dan drie jaar;

b) aan de gebouwen of aan de inrichting wijzigingen werden aangebracht die de veiligheid in de inrichting kunnen aantasten.

Art. 13. De procedure bepaald in de artikelen 8, 9 en 10 van dit besluit, is van toepassing, wat de verlenging van de erkenning betreft.

HOOFDSTUK V. — *Intrekking van de erkenning*

Art. 14. Wanneer een inrichting de normen en voorwaarden niet meer vervult die voor de erkenning opgelegd zijn, kan de Minister haar een termijn geven om die verplichtingen na te komen en haar verzoeken een document voor te leggen of nadere inlichtingen te verstrekken.

Wanneer de Minister genoodzaakt is de erkenning in te trekken, deelt hij zijn opzet aan de inrichting en aan de Adviescommissie mede. De inrichting beschikt dan over een termijn van één maand om aan de Minister en aan de Adviescommissie haar standpunt te laten kennen.

Binnen twee maanden volgend op de ontvangst van het opzet zendt de Adviescommissie haar advies over aan de Minister. Na het verstrijken van die termijn wordt het advies geacht uitgebracht te zijn.

De Minister deelt de opmerkingen van de Adviescommissie aan de inrichting mede. Die beschikt over een termijn van veertien dagen om haar standpunt daaromtrent te laten kennen.

De Minister beslist de erkenning al dan niet in te trekken na de meningsuiting van de inrichting of na het verstrijken van de termijn bedoeld in het voorafgaande lid. Die beslissing wordt de inrichting onverwijld toegestuurd.

HOOFDSTUK VI. — *Sluiting*

Art. 15. Na ontvangst van de beslissing tot weigering of intrekking van de erkenning mogen geen nieuwe personen worden opgenomen.

De exploitant dient ervoor te zorgen dat alle personen binnen de drie maanden de inrichting zullen hebben verlaten.

Art. 16. § 1. Wanneer dringende volksgezondheidsredenen zulks wettigen, kan de Minister onmiddellijk de voorlopige sluiting van een inrichting bevelen. Hij deelt zijn beslissing mede aan de Adviescommissie en aan de directeur van de inrichting. Die moet voor de onmiddellijke evacuatie van de bejaarden zorgen.

§ 2. De Adviescommissie deelt de exploitant de datum mede waarop de zaak zal worden onderzocht en nodigt hem uit om zijn opmerkingen te doen gelden en te verschijnen.

De Adviescommissie beraadslaagt, ongeacht het gevolg gegeven aan de uitnodiging tot verschijnen; zij maakt onverwijld haar advies over aan de Minister die op die basis over het handhaven van de sluiting beslist.

HOOFDSTUK VII. — *Ophettings-, overgangs- en slotbepalingen*

Art. 17. Het koninklijk besluit van 22 maart 1968 betreffende de rechtspleging van erkenning en sluiting van de rustoorden voor bejaarden is opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 18. De inrichtingen die voor de inwerkingtreding van dit besluit een voorlopige erkenning hebben verkregen, mogen verder geëxploiteerd worden op voorwaarde dat ze binnen drie maanden een aanvraag om erkenning indienen die aan de voorwaarden van dit besluit voldoet.

Art. 19. De definitieve beslissing tot intrekking van de erkenning of tot sluiting van een inrichting wordt als bericht in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt.

In het bericht moet de datum van de effectieve sluiting van de inrichting vermeld worden.

Art. 20. De aanvragen om toelating en erkenning, de bewijsstukken en de adviezen alsmede alle documenten en mededelingen betreffende de procedure worden per aangetekende brief toegezonden.

Art. 21. Dit besluit treedt in werking op 1 juni 1995.

Eupen, 9 juni 1995.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport, Toerisme,
Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen,

J. MARAITE

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F 96 — 939

[S - C - 27232]

15 FEVRIER 1996. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant, en ce qui concerne l'isolation thermique et la ventilation des bâtiments, le Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine

Le Gouvernement wallon,

Vu la Directive CEE du Conseil du 13 septembre 1993 visant à limiter les émissions de dioxyde de carbone par une amélioration de l'efficacité énergétique (93/76/CEE);

Vu le Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, notamment les articles 50, modifié par le décret du 27 avril 1989, 57, modifié par les décrets des 27 avril 1989 et 7 juin 1990, 68, modifié par le décret du 18 juillet 1991, 204, 3^e, f, inséré par l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 29 février 1984, 209, 211, remplacé par l'arrêté ministériel du 7 décembre 1987 ainsi que 322/1, 322/2, 322/3 et 322/5, insérés par l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 29 février 1984;

Vu l'avis du Conseil d'Etat;

Sur proposition du Ministre de l'Aménagement du Territoire, de l'Équipement et des Transports et du Ministre de la Recherche, du Développement technologique, du Sport et des Relations internationales,

Arrête :

Article 1^{er}. L'article 204, 3^e, f, du Code wallon de l'Aménagement du Territoire, de l'Urbanisme et du Patrimoine, inséré par l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 29 février 1984, est remplacé par la disposition suivante

"f) un formulaire, en 3 exemplaires, rédigé conformément au modèle établi par le ou les Ministre(s) ayant l'énergie et l'aménagement du territoire dans leurs attributions, attestant la conformité du bâtiment aux dispositions du chapitre XVIIbis du présent Titre."

Art. 2. L'article 209 du même Code est complété comme suit :

"4^e un formulaire, en 3 exemplaires, rédigé conformément au modèle établi par le ou les Ministre(s) ayant l'énergie et l'aménagement du territoire dans leurs attributions, attestant la conformité du bâtiment aux dispositions du chapitre XVIIbis du présent Titre."

Art. 3. L'article 211 du même Code, remplacé par l'arrêté ministériel du 7 décembre 1987, est complété comme suit :

"4^e un formulaire, en 3 exemplaires, rédigé conformément au modèle établi par le ou les Ministre(s) ayant l'énergie et l'aménagement du territoire dans leurs attributions, attestant la conformité du bâtiment aux dispositions du chapitre XVIIbis du présent Titre uniquement lorsque le dossier de demande concerne des travaux et actes visés par l'article 41, § 1^{er}, 9^e, du présent Code."

Art. 4. L'intitulé du chapitre XVIIbis du livre IV, Titre 1^{er} du même Code, inséré par l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 29 février 1984, est remplacé par l'intitulé suivant :

"Chapitre XVIIbis. — Isolation thermique et ventilation des bâtiments"